

## ZUR EINFÜHRUNG

In der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten steht derzeit das Thema Mediation auf der rechtspolitischen Agenda. Japan verfügt bereits über eine lange Tradition der kompromissorientierten Streitbeilegung, die im 20. Jahrhundert vor allem in Form der Schlichtung formalisiert und Anfang des 21. Jahrhunderts durch eine Regelung zur Mediation (ADR) ergänzt wurde. *Harald Baum* und *Eva Schwittek* geben einen Überblick über die einschlägige Entwicklung mit ihren Traditionslinien und -brüchen. In den letzten Jahren hat sich die japanische Anwaltschaft in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit modernisiert und internationalisiert. Eine von *Bruce E. Aronson* organisierte und moderierte *zadan-kai* (Podiumsdiskussion) mit einer Gruppe von angesehenen Rechtspraktikern aus führenden japanischen und ausländischen Kanzleien in Tokyo zeichnet ein ebenso spannendes wie aktuelles Bild dieses Wandels. Auch der anschließende Beitrag von *John Buchanan* und *Simon Deakin* steht im Zeichen des Spannungsverhältnisses von Tradition und Veränderung. Die Autoren untersuchen auf der Grundlage von 24 Interviews mit japanischen Führungskräften die Auswirkungen der jüngsten Reformen des Gesellschaftsrechts auf die Corporate Governance der Unternehmen in Japan, wobei sie zu dem Schluß kommen, dass die Veränderungen in Richtung eines „global standard“ weniger durchgreifend sind, als es zunächst den Anschein hat.

*Minoru Nakazoto* und *J. Mark Ramseyer* unterziehen die Praxis des japanischen Baseball in einer kurzen rechtssoziologischen Studie einem Vergleich mit der US-amerikanischen. In den beiden folgenden Beiträgen geht es um verfassungsrechtliche Fragen. *Yasuhiro Okuda* und *Hitoshi Nasu* setzen sich mit der aufsehenerregenden Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 4. Juni 2008 auseinander, in der dieser Art. 3 des japanischen Staatsangehörigkeitsgesetzes wegen Diskriminierung für verfassungswidrig erklärt hat. Die Autoren sehen eine Chance, dass das Urteil zu einer Leitentscheidung für einen aktiven Umgang der Gerichte mit Verfassungsfragen werden könnte. *Susanne Olberg* greift anschließend die aktuelle Reformdebatte zu der Frage auf, ob der bislang in Japan verfassungsrechtlich nicht geregelte Staatsnotstand einer Normierung in der Verfassung zugeführt werden sollte und wagt zugleich eine Prognose, wie dies geschehen könnte. Im folgenden Beitrag bietet *Nels Hansen* eine kommentierte Übersetzung der Leitentscheidung des Obersten Gerichtshofes aus dem Jahr 2007 zur Zulässigkeit von Abwehrmaßnahmen gegen feindliche Übernahmen und analysiert diesen viel beachteten Fall, der schon Gegenstand zweier Beiträge in der vorhergehenden Ausgabe war, aus vergleichender US-amerikanischer Sicht.

Im Juni des Jahres feierte die DJJV mit einem Festakt im Hamburger Rathaus ihr 20-jähriges Jubiläum. Den Festvortrag hielt *Prof. Dr. Tokiyasu Fujita*, Richter am Obersten Gerichtshof Japans, auf Deutsch zu dem Thema, was die japanische Gesellschaft von den Richtern an dem Gerichtshof erwartet. Der Vortrag gibt einen persönlich geprägten Einblick in die Arbeit des Gerichts, wobei unter anderem auch die von *Okuda* und *Nasu* diskutierte Entscheidung als Beispiel herangezogen wird.

In der Rubrik RECHTSPRECHUNG analysieren *Eiji Takahashi* und *Tatsuya Sakamoto* zunächst drei neue praxisrelevante Entscheidungen zum japanischen Gesellschaftsrecht, in denen es um die Kontroll- und Einsichtsrechte der Minderheitsaktionäre sowie um Fragen der Verjährung von Schadensersatzansprüchen gegen Verwaltungsratsmitglieder geht. Eine vierte Entscheidung behandelt die an der Schnittstelle zwischen Arbeits- und Gesellschaftsrecht stehende Frage, welche Fürsorgepflicht eine kleinere Gesellschaft einem Verwaltungsratsmitglied schuldet, das wegen Überarbeitung verstorbenen war (*karô-shi*). *Christopher Heath* übersetzt und kommentiert danach zwei neuere japanische Entscheidungen zu patentrechtlichen Fragen.

Mehrere Rezensionen stellen höchst unterschiedliche Neuerscheinungen mit Bezug zu Japan und dem japanischen Recht vor. Der Bogen reicht von spannenden Tagungsbänden über eine wichtige englische Neuerscheinung zum japanischen Wirtschaftsrecht bis hin zu einer rechtssoziologischen Untersuchung eines der großen japanischen Umweltkandale und dessen Auswirkungen auf das Grundrechtsverständnis in Japan. Es folgen Berichte von *Nina Truchseß* und *Verena Meckel* über zwei deutsch-japanische Symposien in Berlin und in Kyoto. Anschließend berichten *Ko Watari* und *Julian Aleker* über die positiven Erfahrungen, die sie während ihres Praktikumsaufenthaltes bei der *Nichibenren* bzw. Studienaufenthaltes an der Universität Niigata gemacht haben.

Um die vielfältigen Beiträge der bisherigen Ausgaben der Zeitschrift noch besser zugänglich zu machen, enthält diese Ausgabe schließlich ein Gesamtregister der Ausgaben Nr. 1 bis 25.

Hamburg / Frankfurt am Main im Oktober 2008

*Harald Baum*

*Moritz Bälz*